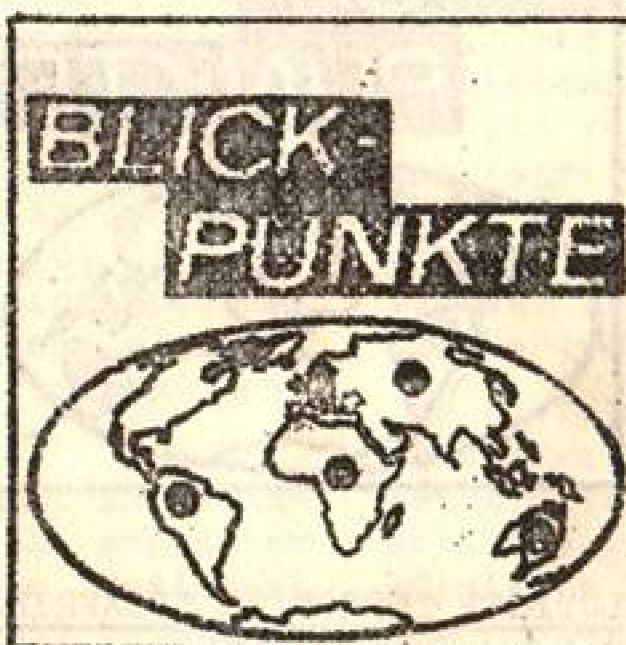
DIE PALÄSTINENSISCHE REVOLUTION WIRD SIEGEN

In der ersten Maihälfte wurde in vielen Ländern eine "Palästina-Woche" begangen, um die heldenhaften Freiheitskämüfer dieses Landes zu unterstützen. Besonders ausgeprägt waren die Solidaritätsaktionen des chinesischen Volkes.Eine starke Abordnung der Palästinensischen Befreiungsorganisation besuchte die Volksrepublik China und hatte zahlreiche herzliche Zusammenkünfte mit den chinesischen Volksmassen.

Auf einer Großkundgebung in Peking legte der Delegationsleiter Abu Ammar Sa'ad die Geschichte und die Probleme der palästinensischen Revolution dar und stellte fest: Die palästinensische Revolution, die nationale Befreiungsbewegung der Araber und die weltweite nationale Befreiungsbewegung sind eng miteinander verknüpft, ebenso wie die reaktionären Marionettenregimes in manchen arabischen Ländern wie Jordanien mit ihren imperialistischen Herren und deren zionistischen Kettenhunden eng verbunden sind. "Marx lehrt uns", fügte er hinzu,"daß kein Volk frei sein kann, daß andere Völker unterdrückt. Deshalb hat unsere Revolution die Kampfparole aufgestellt, einen demokratischen und fortschrittlichen Staat Palästina zu errichten, in welchem die vertriebenen Araber zurückkehren werden und wo die Juden von der Unterdrückung durch den faschistischen Zionismus befreit sein werden. Der demokratische und fortschrittliche Staat Palästina wird frei von nationaler und Klassenunterdrückung sein."

Anläßlich der auf Liquidierung der palästinensischen Revolution abzielenden jüngsten Reise des US-Außenministers Rogers in die Länder des Nahen Ostens erklärte der palästinensische Freiheitssender "Stimme des Sturms": "Allen Intrigen und Verschwörungen zum Trotz wird die palästinensische Revolution überleben, und Hussein wird nicht verhindern können, daß Washington die Explosion der Bomben unserer Guerillas und das Pfeifen ihrer Kugeln hört."



Einige Meldungen aus der letzten Zeit beweisen das. In der Zeit vom 24. bis 28. April unternahmen die Fedayin eine Reihe von Angriffen im Gazastreifen sowie bei Jaffa und Beerscheba, wobei die israelischen Aggressoren Dutzende Opfer zu beklagen hatten, ein feindliches Flugzeug zerstört und ein anderes sowie fünf Kampffahrzeuge beschädigt wurden. Am 3. Mai wurde bei Ashdod (Küstenebene) eine Stellung des israelischen Geheimdienstes in die Luft gesprengt, wobei drei Offiziere, darunter ein Major, den Tod fanden. Am 5. Mai gerieten nördlich der Stadt Chalil zwei Militärfahrzeuge der Zionisten in einen Hinterhalt, wobei eines zerstört, das andere beschädigt wurde und mehrere Insassen getötet bzw. verwundet wurden.

SOWJET-BALLETT TANZT VOR FRANCO

Wie seinerzeit in Hitler-Deutschland wird in Spanien von den faschistischen "Gewerkschaften" der 1. Mai als "Tag der Arbeit" geschändet. Bei der diesjährigen "Maifeier", bei der der Henker Franco und die ganze faschistische Prominenz anwesend war, durften sich die 4000 "Zuverlässigen",die aus allen Betrieben Südspaniens zusammengetrommelt worden waren, an den Vorführungen des 50 Mitglieder starken ukrainischen Balletts "ARKAN" aus der Sowjetunion erfreuen.
Bedarf es dazu noch eines Kommentars?

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Früher: „Der Kommunist"

Für die VOLKSMACHT

Mai 1971
Nummer 51

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

DIE MACHT DEN ARBEITENDEN!

Am 1. Mai 1970 haben wir über den damals frisch gewählten Bundeskanzler Kreisky erklärt, er sei genauso wie sein Vorgänger Klaus ein Diener des Kapitals.Und am 1.Mai 1971 muß man als arbeitender Mensch schon äußerst starke Parteibrillen haben, will man das noch bestreiten.

Allerdings wird es für uns Arbeiter schon höchste Zeit, die Dinge nicht mehr länger von der Warte aus zu sehen, die uns die diversen "Führer" errichtet haben, um unsere Blicke von den für uns entscheidenden Dingen abzulenken. Es ist höchste Zeit, daß wir uns darüber Gedanken machen, <u>was dient unseren Interessen</u> und was dient den Interessen der Reichen. Betrachten wir die Dinge nämlich von diesem Standpunkt aus - vom Standpunkt der Arbeiterklasse - so kommen wir darauf, daß in Österreich absolut nichts geschieht, das im Interesse der arbeitenden Menschen wäre. Im Gegenteil! Die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung zielt darauf ab, die Macht und die Riesenprofite einiger zehntausend Kapitalisten zu stärken und zu sichern.

Wir dürfen uns <u>nicht täuschen lassen</u> von den "Wohlstands"phrasen, die uns tagtäglich eingehämmert werden. Denn nach wie vor bekommen wir Arbeiter von dem Wert unserer geleisteten Arbeit nur das Notwendigste, um unsere Arbeitskraft zu erhalten. Den weitaus überwiegenden Teil des Wertes unserer Arbeit eignen sich die Herrschenden an, die sich fettmästen, ein Leben in Saus und Braus führen, ohne auch nur einen Handstrich zu rühren.

Es ist ja nicht "Wohlstand", wenn ein Arbeiter mit einem Auto fährt; seine Arbeit ist mehr Autos wert. Es ist nicht "Wohlstand", wenn sich jemand ein Einfamilienhaus baut oder im Urlaub ans Meer fährt. Seine Arbeit ist tausendmal mehr wert und <u>diesen Mehrwert von Millionen arbeitenden Menschen stecken sich einige zehntausend Schmarotzer an der menschlichen Gesellschaft in die Tasche.</u>

Wir kennen das Leben der Schmarotzer zur Genüge. Der Sinn unserer Arbeit liegt aber nicht darin, daß wir Playboys aller Altersklassen wie Onassis und Günther Sachs mit ihren Edelhuren aushalten, der Sinn unserer Arbeit liegt nicht darin, daß "erlauchte" Fürsten, Grafen und sonstige "Edle" die Sonnenseiten des Lebens genießen, sondern der <u>Sinn unserer Arbeit soll der sein, daß ihr Wert dem arbeitenden Menschen zufällt</u>, daß er damit seine wahren gesellschaftlichen und persönlichen Bedürfnisse befriedigt.

Weil sie davon ablenken wollen, betreiben die herrschenden Magnaten eine <u>ungeheuerliche Betrugspolitik</u>, die wir unbedingt durchschauen müssen, wollen wir nichts anderes sein als moderne Sklaven. Die wohl größte Demagogie wird jetzt mit Kreisky und "seinem Team" betrieben. Wir können uns vorstellen, welche Erwartungen so mancher Arbeiter gehabt hat, als ein "Sozialist" Bundeskanzler wurde. Versprechungen für die arbeitenden Menschen hat es ja auch genug gegeben, aber gehalten wurde kein einziges.

Nichts hat die "sozialistische" Regierung für die arbeitenden Menschen

getan. Im Gegenteil! Der Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter in Form von Preiserhöhungen ist stärker als je zuvor. Kreisky und seine Kumpane in der Parteiführung und im Präsidium des Gewerkschaftsbundes machen die Reichen auf Kosten der Arbeiter immer reicher, trachten, daß die inflationäre Entwicklung nur die Arbeiter zu spüren bekommen sollen.

Mit "Kreisky und seinem Team" glauben die Herren Großindustriellen und bürokaratischen Kapitalisten, das Volk am besten betrügen zu können. Wer sonst wohl als der Führer der größten "Arbeiterpartei" sollte die Interessen der Arbeiter vertreten,wird uns eingeredet. Tatsächlich aber wird uns nur ein "Demokratie"-Spiel vorgeführt wie es noch nie dagewesen ist. Betrachtet man die Dinge genauer, tritt die Scheindemokratie, die Diktatur der Geldsäcke aber klar zutage.

Eine Wahl kommt nach der anderen. Es ist aber so, daß, egal wer gewählt wird,die abgegebenen Stimmen immer nur für die Reichen zählen. Denn ihre Interessen werden von jeder Regierung erfüllt, egal wie sie heißt und welche Form sie hat.

"Der Kampf um Stimmen" für die eine oder andere Partei bietet den Gegnern der Arbeiterschaft die glänzende Gelegenheit, die wahren Probleme zu vertuschen. Den Klasseninteressen werden Parteiinteressen vorgestellt und so streiten noch und noch SP-Kollegen mit anderen,um ihrer Partei zu einem Wahlerfolg zu verhelfen, obwohl sie sich ja gar nichts mehr von dieser Partei erhoffen,gar nichts mehr erhoffen können. Es ist sozusagen immer wieder eine Vergatterung zum letzten Gefecht, was in der Praxis heißt, auf den Betrug des Parlamentarismus hereinzufallen.

Zum Betrug des Parlamentarismus gehört auch die "Opposition". Ihren "linken" Flügel spielt die verräterische Führung der KPÖ, die jetzt z.B. lautstark die Forderung nach einem "Preisstop" erhebt, der in einer Gesellschaftsordnung wie unserer gar nicht möglich ist.Zur größten Befriedigung der herrschenden Klasse und ihr zu Diensten hat die KPÖ-Führung die Rolle der SPÖ von früher übernommen; ihre Arbeit ist es ebenfalls, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Objektiv gesehen erfüllt sie diese Rolle, wenn subjektiv viele ehrliche Genossen in dieser Partei etwas ganz anderes wollen.

In Österreich gibt es noch keine Partei, die diesen Schwindel aufdeckt. Und so gibt es nur die Erkenntnis, daß die Arbeiter den Kampf für ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen müssen. Im Kampf wird die unbedingt notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse entstehen, wozu wir als Vereinigung Revolutionärer Arbeiter die ersten Schritte bereits getan haben. Die Schaffung dieser Partei ist unbedingt notwendig, das beweisen die Erfahrungen. Denn ist die Arbeiterschaft wehrlos den Plänen der herrschenden Kapitalistenklasse ausgeliefert, so kommt zu der Knechtung noch die außerordentliche Gefahr des imperialistischen Krieges. Der letzte Ausweg der Kapitalisten, um Profit und Herrschaft zu sichern, ist der Krieg.

In einem imperialistischen Weltkrieg wird ohne Zweifel auch Österreich verwickelt sein. Was als "Neutralität" bezeichnet wird, ist Lüge. Österreich ist fest in dem imperialistischen Block eingegliedert. Das machte die sogenannte "Bundesheerreform" besonders deutlich, die nur den einen Zweck hat, auf möglichst profitbringende Weise Österreich optimal in die Strategie der Kriegstreiber einzugliedern.

Vor hundert Jahren haben die Arbeiter von Paris zum ersten Mal erkannt, daß es nur einen Weg gibt: Den Kampf um die Macht im Staat zu führen,die alles entscheidet. Wir leben in der Zeit, in der der damals gescheiterte erste Versuch seinem endgültigen Sieg entgegengeht. Wir leben in der Zeit, in der Kapitalismus und Imperialismus ihren endgültigen Untergang entgegengehen. Dagegen stemmen sich unsere Klassenfeinde vergeblich. Mögen sich die sogenannten "Supermächte", Amerika und Rußland, noch so sehr bemühen, die Völker der Welt zu unterdrücken, ihre Niederlage ist gewiß. Das beweist die erfolgreiche Praxis des revolutionären Kampfes.

Den österreichischen Arbeitern obliegt die Aufgabe, in diesem Kampf ihren Platz einzunehmen. Denn von Ausbeutung und Unterdrückung, vom Joch der Sklaverei und der ständigen Kriegsgefahr durch die Machthaber können wir uns nur selbst befreien.

(Aus der Rede auf der 1. Mai-Kundgebung der VRA)

Das waren unsere Losungen am 1. Mai

Tod den USA-Imperialisten- Sieg den Völkern Indochinas!

Das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker werden siegen!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch! Schlagt den US-Imperialismus und seine Komplizen!

Gruß und Solidarität der revolutionären Weltbewegung mit ihrem Zentrum der KP-Chinas und Vorsitzendem Mao Tsetung!

Gruß und Solidarität Albanien, dem Leuchtturm des Sozialismus in Europa mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe die Weltrevolution!

Stärkt die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter. Für die Volksmacht in Österreich!

Gegen „Preisstop"schwindel – Kampf um Lohnerhöhungen

Es liegt in der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der wir leben, daß die Konkurrenz die Bourgeoisie immer wieder treibt, aus den arbeitenden Menschen noch und noch Profite herauszupressen. Solange die Kapitalisten an der Macht sind, wird das so sein.Und sie sind nach wie vor uneingeschränkt an der Macht, wenn auch noch viele Arbeiter glauben mögen, durch die SPÖ-Regierung hätte sich da etwas geändert. In Wirklichkeit war es gerade der Wunsch der Großindustriellen, daß "abwechslungshalber" Kreisky Bundeskanzler wird, denn mit und durch ihn läßt sich heute das arbeitende Volk leichter betrügen und besser ausbeuten, als etwa mit einem Klaus oder Withalm.

Die kapitalistische Mißwirtschaft kracht an allen Ecken und Enden. Ihr ganzes Währungssystem ist durch die Inflation gefährlich erschüttert. Um die Profite aufrechtzuhalten, nehmen die Kapitalisten zu enormen Preiserhöhungen Zuflucht, und um der zunehmenden Unruhe in den Betrieben zu begegnen, marschiert Kreisky mit seinem Team, gefolgt von den Gewerkschaftsbonzen, auf und "warnt" die Arbeiter davor, Lohnerhöhungen zu verlangen. Die Preiserhöhungen auf sich zu nehmen, sei immer noch besser als den Arbeitsplatz zu verlieren, meint er. Und er droht damit den Arbeitern genauso, wie es vor ihm alle anderen Handlanger der Unternehmer getan haben. Natürlich will er dabei den Arbeitern erschweren, den Betrug zu durchschauen. Und so redet er sich darauf aus, daß seine Regierung noch "zu schwach" sei, daß noch "zu wenig Stimmen" für die SPÖ abgegeben wurden, so als ob die Arbeiter jemals anders als durch ihre eigene Kraft den Kapitalisten etwas abgerungen hätten.

Es ist ganz klar. Wollen die Arbeiter nicht noch mehr ausgesackelt werden, müssen sie sofort in den Betrieben den Kampf um Lohnerhöhungen aufnehmen. Sind die Preiserhöhungen schon jetzt spürbar genug, so kommt die Lawine erst heran. Es ist also keine Zeit zu verlieren. Im kapitalistischen System hat der Arbeiter keine andere Wahl, seinen Reallohn zu erhalten, als immer wieder Lohnforderungen durchzusetzen. Je länger zugewartet wird, desto grösser ist der Verlust bei der dauernden Inflation.

Die Arbeiter in den Betrieben müssen diesen Kampf in die eigenen Hände nehmen. Die Haltung der Gewerkschaftsführung ist eindeutig. Sie sagt: abwarten. Mit ihr sagen das zum überwiegenden Teil die SP-Betriebsräte,die sich ja noch immer von oben gängeln lassen: Die Betriebsräte des ÖAAB sind vor den Karren der ÖVP-Parteipolitik

gespannt. Sie entfalten keinerlei Initiative im Interesse der Arbeiter, sondern sind mit dem Hinweis auf die Preissteigerungen nur bestrebt, für die nächsten Wahlen der ÖVP "Stimmen" zuzutreiben. Und die Rolle der KPÖ-Führung im Dienste der herrschenden Klasse wird klar, wenn sie nun kommunistische Betriebsräte ausschickt, d.h. die Kapitalisten zu bitten, daß sie freiwillig auf Profitsteigerungen verzichten. Diese Demagogie, die jahrelang von der SPÖ-Führung betrieben wurde, der schon allzuviele Arbeiter zu ihren Schaden erlegen sind, wird nun vom Höchstädtplatz aus verbreitet. Es gibt kein kapitalistisches Land, das von Preiserhöhungen verschont geblieben wäre. Es kann keines geben, weil Preiserhöhungen eben zum Wesen des heutigen Monopolkapitalismus gehören, wie das Fieber zur Grippe. Und nun kommen die Führer der KPÖ und faseln von einem "Preisstop".
1950, nach den Lohn- und Preispakten, ist der österreichischen Arbeiterschaft der Kragen geplatzt, hat sie das Marchen vom "Preisstop" nicht mehr gefressen und ist in einen machtvollen Streik getreten. Damals haben wir Kommunisten wissenschaftlich nachgewiesen, daß im Kapitalismus kein Preisstop möglich ist. Wo haben die ehrlichen Kommunisten in der KPÖ ihr marxistisches Wissen gelassen, wenn sie sich heute so etwas einreden lassen?
Sicherlich, sie werden überall in den Betrieben "einstimmige" Beschlüsse fassen können, aber das wird keinem Unternehmer weh tun und keinem Arbeiter auch nur einen Schilling bringen oder ersparen. Sie können so versuchen, ihren parlamentarischen Kretinismus zu befriedigen und auf Stimmenfang zu gehen. (Glauben wird ihnen sowieso niemand.) Aber sie helfen so nur mit, die verräterische Politik der SP-Führung zu verschleiern.

Auf die Preiserhöhungen gibt es nur eine Antwort:

SOFORTIGE LOHNERHÖHUNGEN!

Der Arbeiter als Kuli!

Nach dem Wunsch der Herrschaften oben soll es ewig so weitergehen

---

Eine Partei muß sich, um die Revolution zum Sieg zu führen, auf die Richtigkeit ihrer politischen Linie und auf die Festigkeit ihrer Organisation stützen.

MAO TSETUNG

WÄHRUNGSKRISE OHNE ENDE

Die periodischen Währungskrisen zeigen mit aller Deutlichkeit die tiefe Krise des kapitalistischen Systems, denn die Währung ist eine Widerspiegelung der Wirtschaft. Insbesonders zeigen sie die Krise der USA, haben doch die in immer kürzeren Abständen zutagetretenden Währungskrisen ihren hauptsächlichen Ursprung in der zunehmenden Schwäche des US-Dollars. Der Dollar hat heute nur mehr 35 Prozent des Werts vom Jahre 1939, als sein Goldgehalt festgelegt wurde. Auf der Währungskonferenz von Bretton Woods (1944) wurde er mit der Goldparität von 1939 zur "Reserve- und Leitwährung" der kapitalistischen Länder erhoben. Es war dies der Ausdruck der absoluten Vorherrschaft der USA über die kapitalistische Welt.

Die USA hatten nämlich Ende 1949 infolge ihrer gigantischen Kriegsgewinne fast 70 Prozent des Goldvorrats der kapitalistischen Welt im Wert von 24,6 Milliarden Dollar zusammengerafft. Aber Ende 1967 hatten sie nur noch Gold im Wert von 12 Milliarden Dollar, während die in Gold einzulösenden Dollarguthaben des Auslands 30 Milliarden betrugen. Ende 1970 waren die US-Goldreserven auf 11 Milliarden Dollar gesunken (das war rund ein Viertel des kapitalistischen Weltvorrats), die gegen Gold abzudeckende kurzfristige Verschuldung der USA gegenüber dem Ausland aber auf 49 Milliarden Dollar gestiegen.

Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus ist eben, wie Lenin festgestellt hat, unabänderliches Gesetz des Imperialismus. Die europäischen imperialistischen Länder, vor allem die in der EWG zusammengeschlossenen und Japan, haben sich wirtschaftlich vom Krieg und seinen Folgen relativ schnell erholt, während die USA seit Kriegsende bereits fünf Wirtschaftskrisen durchzumachen hatten.

Der Vietnam-Krieg kostete die USA bisher allein etwa 100 Milliarden Dollar. Von 1959 bis 1970 belief sich das Defizit der Zahlungsbilanz auf zusammen 64 Milliarden Dollar (die ins Ausland geflossen sind, für Kriegszwecke, für den Unterhalt der Militärstützpunkte, sowie für profitable Kapitalanlagen, für die Unterstützung ihrer verschiedenen Marionettenregierungen - die sogenannte Auslandshilfe-usw.).

Infolgedessen läuft ihre Notenpresse auf Hochtouren und sie überschwemmen alle Länder der kapitalistischen Welt mit Dollars, die zwar der Kaufkraft nach entwertet sind, aber von den kapitalistischen Regierungen zu dem oben erwähnten Zwangskurs übernommen werden müssen.

Einerseits bezahlt man so den schmutzigen Krieg der Amerikaner in Indochina mit, andererseits importiert man so die Inflation aus Amerika; denn für die übernommenen Dollar muß man Banknoten in eigener Währung drucken, wodurch der Geldumlauf übermäßig aufgebläht wird.

Das zeigt sich besonders in Westdeutschland, dessen Inflation verhälnismäßig geringeres Ausmaß gehabt hat. Schon einmal (Ende 1969) mußte Westdeutschland unter dem Druck der USA die D-Mark aufwerten. Und Anfang Mai dieses Jahres strömten wiederum Milliarden Dollar in Erwartung einer D-Mark-Aufwertung (was riesige Spekulationsgewinne gebracht hätte) in die BRD.

Wenn aber die Währung eines Landes aufgewertet wird, verteuern sich die Exportwaren dieses Landes. Bonn wollte also gemeinsame Währungsmaßnahmen aller EWG-Länder, um konkurrenzfähig zu bleiben und die ihm von den USA aufgebürdeten Lasten der Währungskrise auch auf andere abzuwälzen. Die französischen Kapitalisten sagten aber: Nicht wir sind an der Währungskrise schuld, sondern die USA, also haben nicht wir den Kurs unserer Währungen zu ändern, sondern die USA müssen den Dollar abwerten, d.h. den offiziellen Goldpreis erhöhen!

Es kam zu keiner Einigung. Westdeutschland gab den Dollarkurs frei, was zu seinem Sinken auf der Börse (vorläufig um 3 bis 3,5 Prozent) führte. Einige andere kapitalistische Länder taten das gleiche. Die Schweiz , die ebenfalls mit Dollar überschwemmt wurde, wertete den Franken um 7 Prozent auf. Die österreichischen Kapitalisten hielten sich bei ihrer Aufwertung ungefähr in der Mitte (5,05 Prozent).

Wir sehen so, daß die amerikanische Währungskrise zu einer internationalen geworden ist. Dabei verschärfen sich notwendigerweide die Widersprüche unter den kapitalistischen Ländern, von denen jedes die Lasten auf die anderen abwälzen möchte. Anläßlich der Pfundabwertung im Jahre 1967 sagten wir im Artikel "Der kommende Krach" (Nummer 10 unseres Zentralorgans) voraus: "Der Währungskrieg unter den Imperialisten wird sich verschärfen... ,

der ganze Waren- und Geldverkehr wird in ein Chaos stürzen, und die dadurch ausgelöste allgemeine Wirtschaftskrise wird eine gefährliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten zur Folge haben". Wir sehen, wie wir mit dieser marxistischen wissenschaftlichen Analyse die Entwicklungstendenz richtig aufgezeigt haben.

Als vor eineinhalb Jahren die D-Mark aufgewertet wurde, hat die österreichische Bourgeoisie den Schilling nicht nachgezogen. Mit der Begründung, daß mehr als 42 Prozent der österreichischen Importe aus Westdeutschland kommen, haben die Kapitalisten die Preise in noch größerem Umfang hinaufnummeriert als bis dahin. Im Exportgeschäft jedoch, scheffelten sie durch die Verbesserung ihrer Position im Vergleich zur teurer gewordenen westdeutschen Konkurrenz mehr Profite als je zuvor.

Jetzt tun sie aber das umgekehrte.: Die Verbilligung von weit mehr als 50 Prozent der Importwaren durch die Schilling-Aufwertung stecken sie in die eigene Tasche und peitschen die allgemeine Teuerungswelle gleichzeitig in die Höhe. Die etwaige Verminderung der Gewinne im Exportgeschäft aber soll ausgenützt werden, um ihnen Steuergeschenke und Subventionen auf Kosten der steuerzahlenden arbeitenden Bevölkerung zuzuschanzen! Wie immer auch die Konjunktur in der Welt drehen möge - bei der Herrschaft des Kapitals in Österreich werden auf alle Fälle die Reichen immer reicher und die arbeitenden Menschen immer mehr ausgebeutet und geschröpft, egal welche Partei der Monopolbourgeoisie die Geschäfte führt, damals die ÖVP, heute die SPÖ!

Dagegen können uns wir Arbeiter nur durch einen einheitlichen Kampf in den Betrieben wehren. Treten wir für Lohnerhöhungen ein, die aber nicht so lächerlich sein dürfen, wie bisher. Erzwingen wir solche Lohnerhöhungen, damit wir den Ansturm der Preistreiber standhalten können.



Die Konjunktur in den USA während des Krieges war nur eine zeitweilige Erscheinung. Ihre Stärke ist nur äußerlich und vorübergehend. Unlösbare innere und äußere Widersprüche aller Art gleichen einem Vulkan, der tagtäglich den USA-Imperialismus bedroht; der USA-Imperialismus sitzt auf diesem Vulkan.

Mao Tsetung, 1947

Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"). 346 Seiten, S 31,2o
Ein philosophisches Hauptwerk des Marxismus, wieder lieferbar.

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. 459 Seiten, S 59,2o
Fotomechanischer Nachdruck der deutschen Edition der russischen Ausgabe aus dem Jahr 1938.

Klaus Neukrantz: Barrikaden am Wedding. Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929. 22o Seiten, S 44,4o
Band 1 der Neudrucke von proletarisch-revolutionären Romanen aus den Zwanziger- und Dreißigerjahren.

UNSERE GENOSSEN UND LESER KÖNNEN DIESE BÜCHER DURCH UNS UM 20 PROZENT BILLIGER ERHALTEN!

AUS DER ORGANISATION

Landesgruppe Vorarlberg berichtet:

BEGEISTERNDE CHINA-AUSSTELLUNG IN BREGENZ

Als wir am Abend des 10.April in die Räumlichkeiten im 1. Stock des Gösser-Bräu kamen, waren wir sehr überrascht, ca. 20 Leute vorzufinden, die bereits auf die Eröffnung unserer Ausstellung "CHINA HEUTE" warteten. Die Besucher waren schon in reger Diskussion mit den Genossen, welche die letzte Arrangierung trafen, begriffen. Der Literaturstand war dicht umringt, und es kam so, daß unser ursprüngliches Eröffnungsprogramm umgestoßen wurde: Eröffnungsansprache und "geregelte" Diskussionsversammlung fielen weg, und die Besichtigung der Ausstellung, Diskussionen der Besucher mit unseren Genossen und der Literaturverkauf gingen Hand in Hand. So war schon der erste Abend ein Erfolg, der sich dann an den beiden folgenden Tagen zusehends steigerte.

Wir haben bei der Vorbereitung (einschließlich Flugblätterverteilung usw.) und Durchführung der Ausstellung eine Erfassung und Organisierung unserer Mitglieder und Freunde erreicht wie noch nie: ca. 10 - 12 Genossen waren ständig aktiv. Besonders die in unserer Organisation noch jungen Genossen sind über sich selbst hinausgewachsen. Man muß es erlebt haben, wie sie die Besucher empfangen und durch die Ausstellung geführt haben, wie die ausgestellten Fotos durch die Diskussionen an Farbe und politischem Gehalt gewonnen haben! Dank den Erläuterungen wurde die Ausstellung richtig lebendig. Es entstand der Eindruck, als würden die Besucher selbst durch China fahren, Land und Leute persönlich kennenlernen. So farbig und politisch richtungsweisend wurden die Erläuterungen vorgetragen!

Die Polizeispitzel, die da herumgeschnüffelt haben, konnten ihren Auftraggebern nur berichten, wie rege der Besuch war, wie massenhaft revolutionäre Literatur gekauft wurde, vor allem von der Vorarlberger Jugend. Das wird denen gar nicht in den Kram passen! Wir haben sowohl der Bourgeoisie als auch den Revisionisten gezeigt, daß wir in Vorarlberg da sind, stärker denn je, daß wir vor allem sehr viele junge Leute ansprechen konnten, die erklärten, eine Organisation wie die unsere bereits gesucht zu haben, und begeistert waren, daß sie uns durch diese Ausstellung gefunden haben und dabei auch zu unserer Literatur gekommen sind.

Wir waren selbst überrascht von dem unerwartet starken Besuch und vor allem vom politischen Niveau mancher junger Leute. Es zeigt sich, daß es viele revolutionäre Kräfte gibt, die wir systematisch kennenlernen und mit denen wir uns verbinden müssen. Das gibt uns viel Kraft und Mut, die kommenden Aufgaben zu bewältigen. Jeder Genosse hat Auftrieb erhalten.

x x x x x

Wir haben uns von Anfang an darauf eingestellt, im Rahmen der Ausstellung mit den Besuchern zu diskutieren. Im Saal hatten wir zwei große Tische aufgestellt: einen Literaturtisch und einen Tisch mit kostenlosem Werbematerial. Außerdem gab es eine Diskussionsecke mit Stühlen. Wir mußten uns mit den verschiedensten Argumenten auseinandersetzen, und dabei hat sich gezeigt, daß, wie Genosse Mao Tsetung sagt, wer schwimmen lernen will, ins Wasser gehen muß. So haben sich denn unsere Genossen der Masse gestellt und in der Diskussion bewährt. Selbst jene Genossen, die sich die ideologischen Grundlagen noch ungenügend angeeignet haben und vom rein praktischen Arbeiterstandpunkt ausgingen.

Man mußte direkt staunen, welch großes Interesse für unser Werbematerial - sowohl für unser eigenes als auch für chinesisches - bei den Besuchern herrschte. Die Probenummern, Prospekte, Kalender usw. wurden zur Gänze mitgenommen. Leider hatten wir zu wenig davon. Vor allem fehlten uns Exemplare der Grundsatzerklärung der VRA. Aus solchen Mängeln müssen wir auch lernen.

Über dem Literaturtisch war ein großes Fahnentuch gespannt, darauf ein Bild von Mao Tsetung. Darunter stand in großer Schrift: "1. Mai 1971 - Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" Daneben befand sich eine große

Tafel mit der Aufschrift: "Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern von China und Österreich!" Es sollte nämlich in diesem Rahmen auch der 1.Mai, unser proletarischer Internationalismus und die Freundschaft zwischen den beiden Völkern herausgestrichen werden.

Alles in allem können wir ohne Übertreibung sagen: Die Ausstellung ist sehr gut angekommen, hat durchwegs Staunen, Lob und Anerkennung gefunden.

x x x x x

Am Vormittag des 1. Mai fand im selben Haus, im großen Saal des Gösser-Bräu die Maiversammlung der SPÖ mit Anton Benya als "Glanznummer" statt. Auch der ÖGB-Boss mußte zur Kenntnis nehmen, daß sehr viele seiner spärlichen Besucher vorher die VRA-Ausstellung besichtigten, sich bei uns mit Material versorgten und dann erst zu ihm hinuntergingen. Ja, dank dieser SP-Veranstaltung gab es bei uns besondren Andrang, und auch dieses Publikum, vor allem die einfachen SP-Mitglieder, zeigten sich sehr interessiert und politisch aufgeschlossen. Und sogar ein SP-Mandatar kaufte das "Rote Buch" sowie andere Literatur für seinen Sohn. Wir haben viele Leute kennengelernt, die zufällig in die Ausstellung kamen, von unserer (wie sich zeigte, ungenügenden) Werbung für diese nicht erfaßt waren und dennoch uns suchten, mit uns Kontakt aufnehmen wollten.

Insgesamt sind an den zwei Tagen und an dem einen Abend mindestens 300 Besucher gekommen. Mehr als 280 haben wir gezählt, doch konnten wir in der Hitze der Diskussionen, wenn die Tür praktisch ununterbrochen auf und zu ging, viele Besucher nicht erfassen.

Nun einige Vermerke aus dem Besucherbuch:

"Ihre Ausstellung ist sehr interessant, jedoch fehlt Literatur zum Vergleich zwischen dem China heute und dem China früher."

"Ihre Ausstellung ist sehr aufschlußreich, sie bringt die Völker näher, und jede Bemühung für die Verbrüderung der Menschheit bringt uns dem Weltfrieden näher."

"Habe heute hier mit jungen Arbeitern eine heiße Diskussion geführt, welche mich sehr begeisterte. Wichtig über alles ist die Freiheit der Diskussion."

"Die Fotokunst hat Weltniveau, die Aufnahmetechnik ist großartig."

"Als Arbeiterkind geboren, war ich durch die elterliche Erziehung von frühester Jugend an in der Arbeiterbewegung tätig. Nach 60-jähriger aktiver Mitarbeit für den Sozialismus bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß Sozialismus in Reinkultur nur in China vorherrschend ist."

"In der Ausstellung 'CHINA HEUTE' wurde der Aufbauwille des chinesischen Volkes sehr gut herausgestellt. Möge sein Fortschritt immer mehr zum Frieden in der Welt beitragen."

"Hat uns sehr gefreut". (Dieser knappe Vermerk stammt von einer Gruppe junger Leute, die mit uns in Kontakt bleiben wollen.)

"Ich habe bisher geglaubt, in einer Gesellschaft von Hosenscheißern und kleinbürgerlich Engdenkenden zu vegetieren. Aber ich konnte heute feststellen, daß es unter den jungen Österreichern doch unabhängige starke Persönlichkeiten gibt, welche eine gewisse Hoffnung für die Zukunft darstellen. Es lebe der selbstbewußte und denkende Arbeiter! Es war schön, gut, großartig."

"Ich war überrascht über den regen Besuch und vor allem über die positive Einstellung von verschiedenen Leuten gegenüber der Ausstellung. Ich selbst habe viel der Ausstellung entnommen, was mir nützt. Sie ist der ganzen Bevölkerung, die für ein großes Weltgeschehen Interesse hat, wärmstens zu empfehlen."

"Ich bin von der Ausstellung sehr beeindruckt. Sie hat mir ein Bild von China gezeigt, wie es ist, und nicht, wie es in der westlichen Presse dargestellt wird."

"Ich danke für das Gebotene und für die Möglichkeit, mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen."

"Persönlich gesehen möchte ich sagen: Die Ausstellung ist ein Erfolg für mich wie für Sie."

x x x x x

Diese letztzitierte Eintragung ist gewissermaßen eine Zusammenfassung: Die Ausstellung war ein Gewinn für die Besucher und ebenso auch für uns selbst. Denn wir haben viele Erfahrungen gesammelt, unsere Kader haben sich gestärkt, und wir haben zahlreiche neue Kontakte, ganz besonders zu jungen Menschen, aufgenommen.

Es war für uns ein großartiger "Erster Mai", der uns mit neuem Schwung erfüllt, der uns stolz auf unsere große Sache machte und der das Herangehen an die weiteren Aufgaben erleichtern wird.

1. MAI IN WIEN

Bereits in den frühen Morgenstunden waren die ersten Aktivisten bei strömenden Regen und Kälte mit dem Aufbau unserer Tribüne und der Montage der Fotoausstellung sowie der Transparente mit den Parolen wie "Wen du auch wählst, du wählst das Kapital", "Die Völker der Welt werden die beiden Supermächte besiegen" etc. beschäftigt. Der Beginn des SP-Aufmarsches war auch für unsere Aktivisten das Startzeichen, mit ihrer Tätigkeit zu beginnen.

Auf Grund der nicht zu übersehenden Aufmachung unserer Tribüne, der Fotoausstellung, der Verteilung von Flugblättern und der laufenden Appelle durch unseren Lautsprecher verwandelte sich unser Kundgebungsplatz bald zu einem allgemeinen Diskussionsforum (dem einzigen auf der ganzen Ringstraße), wo die Leute auch unabhängig von uns einen eifrigen Meinungsaustausch pflegten. Durch die sehr rege und zahlreiche Teilnahme unserer Aktivisten an diesen Diskussionen konnte unter den Anwesenden sehr wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Aber auch unsere Literaturstände bildeten einen Anziehungspunkt. Groß war das Interesse am "Roten Buch" und anderen Schriften Mao Tsetungs sowie an unserer erst vor kurzem erschienenen Broschüre "Am Beispiel der BAWAG". Erfreulich war für uns auch der Absatz unserer Zeitungen "Für die Volksmacht" und "rote garde", weil wir damit wieder einen neuen Interessentenkreis ansprechen konnten.

Zum Zeitpunkt der Abschlußrede war daher bereits eine große Menschenmenge auf unserem Kundgebungsplatz versammelt, der sich auch einige geschlossene Gruppen junger revolutionärer Menschen anschlossen.

Alles in allem kann man wohl sagen, daß diese 1. Mai-Kundgebung der VRA in deutlicher Weise die ständige Vorwärtsentwicklung unserer Organisation zum Ausdruck brachte.

Immer deutlicher zeigt sich, daß die VRA der einzige Kristallisationspunkt für die revolutionären Kräfte in Österreich ist.

BEGEGNUNG AM 1. MAI

Jedesmal bei unserer Kundgebung am 1. Mai am Ring komme ich mit einem jungen Menschen ins Gespräch, der der offiziellen SP-Propaganda und den Phrasen der "K"PÖ skeptisch gegenübersteht, der aber auch unseren Argumenten nicht richtig traut.

Als ich ihn diesmal wieder traf - ich hatte eigentlich auf diese Begegnung schon gewartet - sagte er mir, bevor ich selbst noch etwas sprechen konnte: "Also das, was Sie voriges Jahr über Kreisky gesagt haben, stimmt vollkommen.." Ich erfuhr diesmal auch seinen Beruf. Er war zeitverpflichteter Soldat. Er hatte nämlich den Dienst aufgekündigt, nachdem gerade seit der Regierungsübernahme durch die SPÖ der Barras unerträglich geworden war.

So beginnt also die Arbeit Kreiskys und seines "Teams" Früchte zu tragen, allerdings nicht solche, die sie erwartet haben. Die Betrugspolitik wird in zunehmendem Maße durchschaut.

G.Z. Wien

SLOWENENPROBLEM IN KÄRNTEN

Die Kärntner Slowenen leben seit dem 6. bis 7. Jahrhundert auf diesem Gebiet. Ihre Heimat war vor Jahrhunderten viel größer. Ihre Wohnstätten reichten weit in heute deutschsprachiges Gebiet. Wir können das heute noch anhand von Ortsnamen feststellen, z.B. Metnitz, Gloggnitz usw. Auch zahlreiche Familiennamen deuten auf slowenischen Ursprung hin. Nicht nur in Kärnten, sondern auch in der Steiermark und noch weiter im Norden lebten Slowenen (natürlich auch im heutigen Slowenien). Die Germanisierung begann bei der Christianisierung. Die Slowenen wurden immer mehr zurückgedrängt. Typisch ist, daß z. B. Klagenfurt deutsch war, die Orte rund um die Stadt slowenisch. Die Besitzer und Beamten waren deutsch, die armen Leute slowenisch. Noch heute wird auf öffentlichen Stellen und in den Verkehrsmittel deutsch gesprochen, zu Hause oft slowenisch. Hinter dem nationalen Zwist verbarg sich ein soziales Problem. Die deutschsprachigen Bürger hatten vorwiegend alle Macht und Mittel. Besonders deutlich aber ist das Absinken der slowenischsprachigen Bevölkerung im letzten Jahrhundert festzustellen. Im Jahre 1880 waren es noch 29,9 % aller Kärntner, die slowenisch als Umgangssprache anführten. Der Prozentsatz fiel immer weiter ab. Immerhin waren es noch 1910, in der späteren Zone A, 68,5 % Slowenen, die sich zu ihrer Sprache bekannten. Am 10. Oktober 1920 stimmten allerdings nur 40 % dieser Bevölkerung für den Anschluß an Jugoslawien.

Also hatte sich der Großteil der Slowenen für Österreich entschieden. Es ging aber, ebenso wie beim Abwehrkampf, nicht um das "Deutschtum". Jugoslawien war eine reaktionäre Monarchie, Österreich eine Republik, von welcher sich die durch Jahrhunderte unterdrückten Menschen eine wirkliche Demokratie, eine Herrschaft des Volkes erhofften. Es waren also vor allem soziale und wirtschaftliche Aspekte, die die Bevölkerung zu einer Entscheidung zugunsten Österreichs veranlaßten. Da in diesem Gebiet vorwiegend Bauern lebten, die ihre Erzeugnisse auf den Markt bringen mußten, ist es verständlich, daß sie Klagenfurt und Villach vorzogen und nicht Kreinburg oder gar Laibach wählten. Es waren also diese entscheidenden Tatsachen, die den Ausgang der Volksabstimmung wesentlich beeinflußten. So waren z.B. die Ferlacher Arbeiter mit roten Fahnen gegen die südslawischen Truppen gezogen. Sie betrachteten es als einen Kampf für eine bessere Zukunft in einem demokratischen Staat.

Geworden ist daraus bekanntlich der Faschismus, die Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland, die eine grausame Verfolgung der slowenischen Bevölkerung Kärntens mit sich brachte. Diese wehrte sich, und die Kärntner können sich rühmen, daß vor allem die Slowenen unter ihnen als Partisanen gegen die Nazi kämpften.

Als Slowenen bekennen sich in Kärnten immer weniger Menschen. Man bedient sich aller Mittel, die Leute einzuschüchtern. Organisationen wie der Kärntner Heimatdienst fordern sogar öffentlich den totalen Untergang der slowenischen Volksgruppe. Eine Klage bei Gericht gegen diese Organisation wird abgeschlagen mit der Feststellung, es gäbe keinen Anlaß zu einem Verfahren. Wenn man in Südkärnten in einem Ort auf die Straße kommt, hört man vorwiegend slowenisch sprechen, kommt man nun in ein Geschäft, wird man deutsch gefragt, was man wünscht, außer man ist als Slowene bekannt. Auf den Arbeitsplätzen wird meistens auch deutsch gesprochen, weil es die Besitzer vielfach wünschen. In den Schulen war es bis 1959 Pflicht im zweisprachigen Gebiet, beide Sprachen zu lernen. Das war kurz nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages, da wollte man halt zeigen, wie fortschrittlich man in Kärnten ist. Aber bald hielten sie es nicht mehr für nötig.

Die soziale bzw. wirtschaftliche Kraft der Slowenen ist sehr klein, sie sind auf die wenigen Arbeitsplätze zu Hause angewiesen, der Großteil aller Arbeiter muß täglich bis in die nächste Stadt, Klágenfurt oder Villach, zur Arbeit fahren. Die Behörden bemühen sich, den Slowenen keine Möglichkeit für eine soziale Besserstellung zu geben. Das zeigt uns der Fall "Gorenje": Eine jugoslawische Großfirma, die Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Elektrowaren erzeugt, wollte in Bleiburg einen Betrieb gründen. der am Ende des Aufbaues 1000 Arbeiter beschäftigen sollte. Anfangs waren auch die Behörden davon begeistert, da es ihnen nicht gelang, eine deutsche oder Schweizer Firma dazu zu bewegen, in Südkärnten einen Betrieb zu errichten.

Doch im letzten Moment besann man sich in den Gemeindestuben und bei der Landesregierung: 1000 Arbeitsplätze, ein slowenischer Betrieb, das würde doch eine ökonomische Stärkung der Slowenen bedeuten! Die Verdienste des Abwehrkampfes würden verraten, schrieben die "Kärntner Nachrichten" der FPÖ. Die "Kleine Zeitung" opferte viel Papier, um zu protestieren - zwei Monate hindurch. Auch dem Landeshauptmann tat es sehr leid, aber er konnte natürlich "wirklich nichts tun".

Das einzige, was die Slowenen in Kärnten für ihre nationale Selbstbehauptung brauchen, ist der gemeinsame revolutionäre Kampf aller Arbeiter, der deutschsprachigen genauso wie der slowenischen. Ausgebeutet werden sie alle. Um sie aber nicht auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam werden zu lassen, spielt man nationale Gefühle hoch, hetzt die Deutschsprachigen gegen die Slowenen. Und diese Hetze verhindert den notwendigen Zusammenschluß. Es wird also höchste Zeit, über diesen Betrug aufzuklären. Im Klasseninteresse aller Arbeiter liegt die vollständige und gesicherte nationale Gleichberechtigung der Slowenen! Jeder nationale Kampf ist letzten Endes ein Klassenkampf, lehrt Mao Tsetung.

DIE LESER SCHREIBEN

WAS BRINGT UNS DIE MEHRWERTSTEUER?

Schon seit einigen Jahren versuchen in Österreich die Großkapitalisten den Übergang zur Mehrwertsteuer zu vollziehen. Das Bundesministerium für Finanzen hat kürzlich den Gesetzesentwurf über die Einführung der Mehrwertsteuer zur Begutachtung ausgesandt.

Die Mehrwertsteuer soll dazu benutzt werden, um das Umsatzsteueraufkommen stark zu erhöhen. Ein Teil dieser Steuermehreinnahmen würde dann - so verspricht die SPÖ - dazu verwendet werden, um die Lohnsteuer zu senken. Das ist ein gemeiner Betrug! Das österreichische Volk zahlt sich die Lohnsteuersenkung selbst, weil es durch die Einführung der Mehrwertsteuer die zwangsläufige Preiserhöhung hinnehmen muß.

Der Ausdrück "Mehrwertsteuer" hat nichts mit dem marxistischen Begriff des Mehrwerts, d.h. des Profits, zu tun.

Es handelt sich lediglich um eine Systemänderung der Besteuerung. Wie die geltende Umsatzsteuer, so soll auch die Mehrwertsteuer eine Allphasensteuer sein, d.h., daß die Ware von der Urproduktion bis zum Konsumenten, also bei jedem neuen Umsatzvorgang besteuert werden muß. Der entscheidende Unterschied zwischen bisheriger und geplanter Besteuerung liegt im Vorsteuerabzug. Das bedeutet, daß jeder Unternehmer berechtigt ist, von seiner eigenen Steuerschuld, die sich aus seinen Umsätzen ergibt, die Umsatzsteuer, die seine Lieferanten zu zahlen haben, abzuziehen. Die Höhe des Steuersatzes, die mit 16 % von Minister Androsch veranschlagt wurde, würde eine starke Teuerung auslösen.

Somit ist auch dieses System allen Umsatzsteuersystemen gleich, die breite Masse des Volkes ist letzten Endes immer der Prügelknabe: Im Gegensatz zur direkten Lohn- und Einkommensteuer zahlt ja bei den indirekten Steuern jeder, ob arm oder reich, den gleichen Steuerbetrag bei jedem Einkauf!

Preiserhöhungen sind aber auch deshalb zu erwarten, weil eine Reihe von Wirtschaftszweigen, die bisher von der Umsatzsteuer befreit waren, zumindest mit einem Steuersatz von 8 % belastet werden. Hierbei dreht es sich um wesentliche soziale Einrichtungen, wie z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, Miete, Strom und Gas, verschiedene Verkehrsmittel, Radio und Fernsehen. Auch für die Bauern bedeutet der Steuerplan eine große Belastung, und zwar deshalb, weil auch bäuerliche Nachbarschaftshilfe und Pachtzinse der Mehrwertsteuer unterliegen. Außerdem ergeben sich viele schwerwiegende Probleme für die Bauern, wie für den Einzelhandel, bei der Umstellung des Rechnungswesens auf das Mehrwertsteuergesetz. Es erfordert arbeitsaufwendige Aufzeichnungen und Abrechnungsvorgänge, die zusätzliche Kosten mit sich bringen und letztlich wieder auf den Konsumenten abgewälzt werden.

Der Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung durch die Mehrwertsteuer muß mit Massenkämpfen in den Betrieben für erhöhte Lohnforderungen beantwortet werden!

H. Kärnten

WIRTSCHAFT UND POLITIK CHINAS

Wir sind in der Lage, bedeutsame Feststellungen des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai über die Wirtschaftslage der Volksrepublik China und über deren Innen-,Außen- und Verteidigungspolitik wiederzugeben,die bisher in Österreich nicht veröffentlicht wurden. Diese Erklärungen gab Genosse Tschou En-lai in zwei ausführlichen Gesprächen mit dem amerikanischen Schriftsteller Edgar Snow ab. Snow, der 1936 als erster bürgerlicher Journalist in die Befreiten Gebiete Chinas kam und in der revolutionären Hauptstadt Yenan u.a. mit Mao Tsetung sprach (auch nach der Gründung der Volksrepublik war er mehrmals in China und berichtete darüber in Büchern und Artikeln), wurde von Tschou En-lai ermächtigt, seine Feststellungen zu veröffentlichen. Wir stützen uns auf die Artikelserie Snows, die seit März in einer amerikanischen Zeitschrift erscheint, und werden ihre Wiedergabe, soweit sie für die österreichischen Arbeiter interessant sind,in den nächsten Nummern fortsetzen.

CHINAS WIRTSCHAFT IM AUFSCHWUNG

Snow war überrascht, als ihm in der offenherzigen Aussprache von der "eingeweihtesten" Seite versichert wurde, daß die Beeinträchtigung der Wirtschaft Chinas durch die Kulturrevolution verhältnismäßig gering war. Ohne die in jener Zeit verspürten Schwierigkeiten zu verniedlichen, erklärte Tschou: "Infolge mancher Kämpfe in den Fabriken, Störungen im Verkehrswesen und verlorener Arbeitsstunden ist die Industrieproduktion in den Jahren 1967 und 1968 etwas zurückgegangen. Dennoch können wir sagen, daß wir weitaus mehr gewonnen als verloren haben."Die Ziele des Fünfjahrplans 1966-1970 seien im wesentlichen erreicht und z.T. sogar bedeutend übertroffen worden. Tschou gab dann einige absolute Ziffern über den derzeitigen Stand der chinesischen Wirtschaft bekannt, die alle bisherigen "Schätzungen" der bürgerlichen Fachleute über den Haufen werfen.

Der Gesamtwert des Sozialprodukts für Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen betrug 1970 rund 120 Milliarden US-Dollar, wovon etwa 25 Prozent auf die Landwirtschaft und 90 Milliarden Dollar auf Industrie und Transport entfallen. Snow gibt dabei folgendes zu bedenken:

Erstens beruhen diese Ziffern auf dem seit 1953 unverändert gebliebenen Kurs von 2,40 Yuan (Renminbi) gleich einem US-Dollar. Bekanntlich ist aber seither der Wert des Dollar nicht nur kaufkraftmäßig, sondern auch gegenüber anderen kapitalistischen Ländern in einem beständigen Abwärtstrend begriffen, da die Inflation in den USA noch rascher "schleicht" als z.B. in den meisten EWG- oder EFTA-Ländern. Was hingegen China betrifft, so muß der amerikanische Journalist zugeben:"Seit 1953 hat China bisher eine Inflation vermieden. Die Preise auf dem Binnenmarkt sind stabil geblieben oder sogar bei vielen Warenposten gesenkt worden, während die niedrigen Löhne gestiegen sind, freilich mehr wegen ihres wachsenden Realwerts (der steigenden Kaufkraft der chinesischen Währung - D.R.) als wegen direkter Erhöhungen des Geldlohns. Ferner hat China weder innere noch äußere Schulden,gibt es hier keinerlei persönliche Einkommen- oder Lohnsteuer. Die grundlegenden Verbrauchsgüter sind im allgemeinen billiger, überraschenderweise auch Lebensmittel, die,wie jeder Besucher des Landes selbst konstatieren kann, in großer Vielfalt und Fülle erhältlich sind."

Zweitens verweist Snow darauf, daß in China (wie es der streng wissenschaftlichen politischen Ökonomie des Sozialismus entspricht - D.R.) die Umsätze im Handel und in den Dienstleistungsbereichen (weil nicht produktiv im Sinne einer materiellen Güterproduktion im Rahmen des gesellschaftlichen Austausches und daher nicht direktes sondern abgeleitetes Einkommen darstellend - D.R.) in den Betrag des Brutto-Sozialprodukts nicht eingeschlossen sind. Darin sind weder Mietzinse noch die Arbeitsaufwände für den Bau von Millionen neuer Bauernhäuser, die jetzt durch gegenseitige Nachbarhilfe allenthalben aus dem Boden schießen, noch die durch freiwillige unbezahlte Arbeit in Stadt und Land entstandenen Luftschutzeinrichtungen enthalten und ebensowenig die 30 Millionen Hektar Land, die von den Bauern selbst aus eigener Initiative und ohne Verrechnung in den letzten zehn Jahren in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer Dörfer urbar gemacht wurden.Diese beiden Momente sind zu berücksichtigen, wenn man das chinesische Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung (deren Zahl laut Snow bereits an 800 Millionen herankommt) mit ähnlichen Angaben in anderen Ländern vergleichen will. Nichtsdestoweniger,schreibt Snow, "gehört China hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens noch immer zu den ärmeren Ländern", und die Führer der Chinesischen Volksrepublik pflegen diese Tatsache, wo nötig, immer wieder zu unterstreichen.

Tschou En-lai gab sodann bekannt, daß die Getreideproduktion Chinas (hauptsächlich Reis und Weizen - D.Red.) 1970 mehr als 240 Millionen Tonnen betragen hat. Die staatlichen Getreidereserven machen derzeit rund 40 Millionen Tonnen aus. Die Weizeneinfuhr beläuft sich auf weniger als ein Prozent der Eigenproduktion von Getreide und erklärt sich lediglich aus ökonomischen Beweggründen (importierter Weizen stellt sich billiger als eigener Reis). Darüber hinaus gab Tschou zu bedenken, daß China beträchtliche Mengen von Reis u.a. im Austausch gegen Zucker und Kautschuk nach Kuba und Ceylon exportiert und vor allem Millionen Tonnen nach Vietnam und anderen Ländern als Hilfeleistung kostenlos versendet. Die Behauptung kapitalistischer und revisionistischer "Beobachter", die chinesische Getreideernte hätte sich seit 1957 (180 Millionen Tonnen) nicht wesentlich erhöht, sei demnach widerlegt, betont Snow.

Die Landwirtschaft Chinas erhält jetzt 14 Millionen Tonnen Kunstdünger jährlich, gab Tschou En-lai weiter bekannt. Das ist beträchtlich mehr als die Produktion Japans, jedoch ungenügend im Vergleich zu einem Bedarf von 30 bis 35 Millionen Tonnen. Diese Ziffer zu erreichen,ist ein Ziel des 1975 endenden neuen Fünfjahrplans, sagte Tschou und betonte, daß sich vor allem die kleineren Kunstdüngerbetriebe der Volkskommunen und Kreise diesbezüglich sehr bewährt haben.

Die Stahlproduktion hat in den letzten fünf Jahren zwischen 10 und 18 Millionen Tonnen jährlich betragen und dürfte sich 1971 wegen der Erweiterung und Modernisierung vieler Werke beträchtlich erhöhen.

An Erdöl wurde in China im Vorjahr mehr als 20 Millionen Tonnen gefördert. Das entspricht vollauf dem derzeitigen Bedarf der Volksrepublik. (Bekanntlich war China noch vor ein paar Jahren fast zur Gänze von Öleinfuhren aus der UdSSR abhängig. Inzwischen hat es aus eigener Kraft eine Reihe neuer Erdöllagerstätten erschlossen und die Produktion binnen kurzem vervielfacht - D.Red.).

UMBAU DER INNENPOLITISCHEN ORDNUNG

Außerordentlich interessant sind die Angaben, die der chinesische Ministerpräsident über die innenpolitische Entwicklung Chinas seit der Kulturrevolution machte, worüber die US-Imperialisten und russischen Sozialimperialisten die idiotischsten Märchen verbreiteten. Die Kommunistische Partei Chinas, sagte Tschou En-lai, wurde während der Kulturrevolution keineswegs "aufgelöst",sondern die Mitgliedschaft bei ihr ruhte zeitweilig. Nach den notwendigen Überprüfungen und Bereinigungen ergab es sich, daß weniger als ein Prozent der KP-Mitglieder ausgeschlossen werden mußten! Freilich war der Prozentsatz umso höher,je verantwortlicher die Funktion war. Auch die Mehrheit jener, die nicht mehr ins Polbüro oder ins ZK gewählt wurden, verblieb in den Reihen der Partei und erhielt die Möglichkeit, sich in den Kaderschulen "7. Mai" umzuerziehen.

In diesen Schulen, die nach dem Datum der bekannten Direktive von Mao Tsetung über die revolutionäre Umgestaltung der sozialistischen Erziehung benannt sind, wird den alten Parteifunktionären, die schwere Fehler begangen haben, Gelegenheit gegeben, in enger Verbindung mit produktiver Arbeit (die Mitglieder dieser Schulgemeinden haben beträchtliche Areale Neuland unter den Pflug genommen!) ihre Sinnesart gemäß den Ideen der marxistisch-leninistischen Klassiker und Mao Tsetungs umzumodeln.

Wesentlich ist die Vereinfachung der Verwaltungsstruktur und die Beseitigung jeglicher Doppelgeleisigkeit.Ehemals gab es 90 Ministerien bzw. Komitees,die unmittelbar dem Staatsrat unterstanden und zentral das wirtschaftliche und kulturelle Geschehen leiteten. Jetzt sind es nur mehr 26, die alle nicht mehr von Ministern und ähn-

lich gestellten Würdenträgern, sondern von Revolutionskomitees geleitet werden, deren Kern die betreffenden Parteiorganisationen bilden."Früher zählte das Personal der Zentralregierung mehr als 60.000 Mitarbeiter,jetzt sind es ca. 10.000", teilte der Ministerpräsident mit. Die Mehrzahl der abgebauten, zentralen Funktionäre (nicht nur der obersten Verwaltung, sondern auch anderer Institutionen) arbeitet jetzt in den örtlichen Stellen. Dabei beschränkt sich die Dezentralisierung der Kader nicht darauf: die massive Übersiedlung von Städtern (besonders von Jugendlichen), die den Sinn der Aktion einsehen, aufs Land hält an. Allein aus der 10-Millionen-Stadt Schanghai sind seit 1965 annähernd eine Million Menschen in ländliche Distrikte abgewandert, was zweifellos für die meisten von ihnen einen beträchtlichen Verzicht auf Komfort bedeutete. (Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist in vieler Hinsicht auch heute noch in China weitaus stärker ausgeprägt als bei uns - D.Red.)

Welche tiefgreifende soziale Revolution das alles bedeutet, kann natürlich der amerikanische bürgerliche Journalist (wie wohlmeinend er - seinem sozialen Auftrag gemäß - auch sein möge) nicht vollends begreifen. Er registriert daher nur teilnahmslos, daß in der neuen Verfassung der Volksrepublik China, die seit vielen Monaten intensiv von der gesamten Bevölkerung erörtert wird, festgelegt sein soll, daß "die Ideen Mao Tsetungs das Leitprinzip unserer ganzen Tätigkeit sind", wobei der proletarische Staat unwiderruflich unter der Führung der Kommunistischen Partei stehen muß.

Edgar Snow teilt dabei mit, daß Tschou En-lai folgende Verankerung von Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der neuen Verfassung voraussieht: Das Recht auf freie Meinungsäußerung; das Recht auf Mobilisierung der Massen; das Recht auf umfassende Debatten; das Recht auf DAZIBAO (handgeschriebene Plakate, die nach Belieben angeschlagen werden können. D.Red.); das Recht auf Streiks.

Was die weiteren, die Innenpolitik Chinas betreffenden Ausführungen Snows anlangt, möchten wir nur eine persönliche Beobachtung von ihm registrieren: Als wir im November v.J. die Ausstellung "China heute" zeigten, sagte ein Ingenieur, der sie besichtigte, er könne nicht glauben, daß man eine unter Strom stehende 220.000-Volt-Hochspannungsleitung reparieren könnte. "Wir sahen", schreibt Snow, "wie Elektriker im Beisein zahlreicher Zuschauer, darunter des Direktors des größten chinesischen Stahlwerks und des Vorsitzenden des Revolutionskomitees einer Millionen Stadt, tatsächlich freihängende Leitungen, die unter einer Hochspannung von 220.000 Volt standen, in Ordnung brachten."

FRIEDLICHE KOEXISTENZ - WENN IHR ES WOLLT

Tschou En-lai machte dem amerikanischen Journalisten nochmals klar, daß das Haupthindernis für die Wiedereröffnung der seit zwei Jahrzehnten unterbrochenen Kommunikationslinien zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk davon abhängt, daß die US-Regierung "ihr bewaffnetes Protektorat über Taiwan und das besiegte Tschiang-Kai-schek-Regime" aufgibt,wie sich Edgar Snow ausdrückt.

Auf die sich rasch ausbreitende Welle einer Aufnahme diplomatischer und Wirtschaftsbeziehungen kapitalistischer Staaten mit Volks-China bezugnehmend, sagte der Ministerpräsident, diese "Revolte" gegen die chinafeindliche Politik der USA habe nunmehr allgemeinen Charkater angenommen und alle Kontinente erfaßt. Die Anerkennung der Regierung in Peking als einzigen Repräsentanten Chinas durch Kanada und Italien habe alle Illusionen bezüglich einer Kompromißformel "zwei China" oder "ein China - ein Taiwan" zunichtegemacht, betonte Tschou En-lai (was sich die Kreisky-Regierung hinter die Ohren schreiben sollte! -D. Red.). China werde seine Mitarbeit in der UNO in Erwägung ziehen, sobald seine Rechte in vollem Maße wiederhergestellt sind und die Tschiang-Kai-schek-Clique aus der UNO entfernt ist. Es zeige sich,daß eine wachsende Zahl von mittleren und kleinen Staaten, ja sogar einige große, sich der Willkürpolitik der Supermächte widersetzt,die die UNO manipulieren oder umgehen, um die Erde -und auch die Ozeane und den Weltraum- für sich in Beschlag zu nehmen und in Einflußsphären untereinander aufzuteilen.

Tschou En-lai stellte fest, daß China nach wie vor durch die beiden Supermächte mit Krieg bedroht wird. Im Norden und Westen stünden etwa eine Million Mann russischer Boden-, Luft- und Seestreitkräfte einschließlich spezieller Raketenverbände an Chinas Grenzen,während im Osten und Süden die USA im Bunde mit dem remilitarisierten Japan gegen China aufmarschiert sind.

Was die Beziehungen zu den USA betrifft, halte China an seinem unverrückbaren Standpunkt fest: 1. Die USA müssen Taiwan als untrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China anerkennen und ihre Streitkräfte aus Taiwan und aus der Straße von Taiwan abziehen; 2. trotz der Unterschiede in der Gesellschaftsordnung sollen China und die USA auf der Grundlage der "Fünf Prinzipien" (gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichberechtigung und wechselseitiger Nutzen, friedliches Nebeneinander) eine friedliche Koexistenz praktizieren.Darüber hinaus hat China, wie Snow hinzufügt (und wie die Ereignisse vom Februar d.J. gezeigt haben! -D.Red.), "einen Schutzschirm über die drei Völker Indochinas gespannt, deren Bündnis gegen die USA es unterstützt". Die Tür zu Verhandlungen mit der US-Regierung stehe offen,sobald diese die Taiwan-Frage ernsthaft zu behandeln gewillt sei und anerkenne, daß Taiwan eine innere Angelegenheit Chinas ist und das chinesische Volk das Recht hat, Taiwan zu befreien,während es bei den Verhandlungen lediglich um den Abzug der US-Truppen gehen könne. Tschou En-lai unterstrich dabei die freundschaftlichen Gefühle Chinas für das amerikanische Volk und kündigte die Bereitschaft seiner Regierung an, Einreiseansuchen von "Freunden Chinas in konkreten Fällen auf konkrete Weise" in Erwägung zu ziehen. (Bekanntlich hat die US-Regierung Mitte März die Reisesperre gegenüber China aufgehoben, und es kam zu dem "spektakulären" Besuch einer amerikanischen Ping-Pong-Mannschaft - wie auch von Mannschaften anderer kapitalistischer Länder - in der Volksrepublik China. - D.Red.)

Was die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen anlangt, die schon seit mehr als einem Jahr stattfinden, machte Tschou En-lai folgende wichtige Feststellung: Am 11. September 1969 sind die Ministerpräsidenten Chinas und der UdSSR übereingekommen,daß solche Verhandlungen frei von jeder Bedrohung stattfinden und die beiden Seiten ein Abkommen über provisorische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze schließen,bewaffnete Konflikte vermeiden und ihre Streitkräfte auf beiden Seiten der strittigen Gebiete (das sind, wie Tschou erläuterte, solche Gebiete an der zwischen dem zaristischen Rußland und dem kaiserlichen China im 19.Jahrhundert vereinbarten Grenzlinie, wo die Eintragungen auf den chinesischen bzw. russischen Karten voneinander abweichen) zurückziehen. Die Durchführung des Übereinkommens vom 11. September 1969 "sollte doch wirklich nicht schwierig sein", sagte Tschou En-lai. In Wirklichkeit aber haben,wie Snow hinzufügt, die Russen es bisher abgelehnt, auf die gegenseitige Loslösung der ineinander verzahnten Truppen beider Länder in den "umstrittenen Gebieten" einzugehen!

CHINA WIRD KEINE SUPERMACHT

Zur Frage der SALT-Intrigen der beiden Supermächte erklärte Tschou En-lai,daß diese darauf abzielen, ihr Atom- und Raketenwaffenmonopol gegenüber allen anderen aufrechtzuerhalten. Obgleich die USA und die UdSSR die Kosten der Aufrechterhaltung dieses Terrormonopols in der Tat "einschränken" möchten, konzentriert sich jeder der beiden Mächte darauf, dem Partner "Einschränkungen" aufzuerlegen, um die eigene Überlegenheit zu wahren.

Was die Atomrüstung Chinas betrifft, sagte Tschou En-lai: "Lassen Sie mich unseren Standpunkt in dieser Frage klarstellen. Zunächst einmal befinden sich unsere Atomversuche noch in einem Experimentalstadium, und jeder Test hält sich in engen Schranken und wird nur durchgeführt, wenn es unbedingt notwendig ist. Das Ziel unserer Atomversuche besteht darin, das Atommonopol zu brechen, die Atomerpressung zunichte zu machen und einen Atomkrieg zu verhindern.Deshalb erklären wir jedesmal, wenn wir einen Test durchführen, daß China niemals und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen anwenden wird. Und wir wiederholen unseren Vorschlag, daß eine Gipfelkonferenz aller Länder der Welt, ob groß oder klein (also kein "Atomklub"!-D.R.) einberufen werde, um ein Abkommen über das vollständige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen zu schließen und als erster Schritt darin übereinzukommen, daß die Anwendung von Kernwaffen verboten wird."